Redaktion und Verlag
von R. Hahn, Kirchplatz Nr. 3.
Druck der Graßmann'schen Buchdruckerei.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Kirchplatz 3 und
Schulzenstraße 17 bei O. H. T. Poppe.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 168. Abendblatt. Montag, den 12. April 1869.

Norddeutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 10. April.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Tische der Bundes-Kommissarien: Frhr. v. Friesen, Präsident Delbrück, eh. Ober-Justizrath Pape, Geh. Regierungsrath Dr. Michaelis, Dr. Kirchenpaur ꝛc.

Einige Urlaubsgesuche werden genehmigt.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Kaution der Bundesbeamten.

Eine Diskussion erhebt sich nicht; die Ueberweisung an eine Kommission wird nicht beschlossen; das Haus wird somit in einigen Tagen in die zweite Berathung des Gesetzentwurfes eintreten.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelssachen.

Zur Einleitung der Diskussion erörtert der Bundes-Kommissar Geh. Justizrath Pape die Bedürfnißfrage sowie die Bedeutung der einzelnen Bestimmungen der Vorlage, über welche bereits ausführlich von uns berichtet worden ist.

Abg. Lasker: Wir haben es hier mit einer Vorlage von der höchsten nationalen Bedeutung zu thun, weil sie uns die Bildung einer gemeinsamen nationalen Institution vorschlägt. Ich begrüße die Vorlage mit Freuden als den ersten Schritt zu dem, was wir Alle wünschen und es ist mir erfreulich, daß die erste Anregung dazu von Sachsen ausgegangen ist. Schon aus diesem Grunde bin ich dafür, daß der Gerichtshof in Leipzig seinen Sitz erhält. Leipzig ist eine Stadt der Intelligenz und des guten nationalen Willens, eine Stadt, die einen guten Klang in der Handelswelt hat. Ich erkläre mich deshalb gegen die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. Die Hansestädte sollen Gegner der Vorlage sein. Sie mögen bedenken, daß Deutschland groß genug ist, daß Alle darin viel an Ehre und Vortheil davon tragen können. Das mögen sie bedenken.

Abg. v. Zehmen: Auch ich bin gegen die Ueberweisung an eine Kommission und bedauere, mich gegen einen von meinem Vaterlande ausgegangenen Gesetzentwurf aussprechen zu müssen, aber ich halte die Vorlage für verfrüht, so lange nicht die Civil-Prozeßordnung für den Bund in's Leben getreten ist, denn ich kann mir kein Bild machen, wie der Gerichtshof entscheiden soll, so lange noch die verschiedenen Prozeßordnungen existiren. Statt Einheit in dem Verfahren herbeizuführen, wird er nur Zwiespalt erregen. Auch ich will die Gründung nationaler Institutionen, aber nur in gediegener Weise.

Abg. Stephani: Ich erkläre mich für die Vorlage, denn ich lege den Maßstab des gemeinsamen Bundesinteresses an dieselbe. Ich trete überall der Ansicht des Abg. Lasker bei. Was den Einwand des Vorredners anlangt, so verweise ich darauf, daß die Appellationsgerichte in Kiel und Jena ebenfalls mit verschiedenen Prozeßordnungen zu thun hatten und dies ein Beweis dafür ist, daß die technischen Schwierigkeiten zu überwinden sind. Es ist aber nothwendig, daß wir dem deutschen Volke zeigen, daß wir das, was wir wollen, auch wirklich ausführen. Die Vorlage ist vielleicht einige der wenigen Früchte, welche wir aus der mühsamen Gesetzgebung mit nach Hause bringen können. Es ist nothwendig, daß der Sitz des Gerichtshofes in die Mitte Deutschlands gelegt wird, und das sind keine partikularen Interessen, welche mich dabei leiten. Ich hoffe, daß an diese Institution sich ein weiterer oberster Gerichtshof für alle Angelegenheiten des Bundes anschließen werde. Leipzig ist vorzugsweise dazu angethan, einen nationalen Bau gedeihen zu lassen. Die Stadt wird stolz darauf sein und ihre Dankbarkeit dadurch beweisen, daß sie fortfährt, fest zu stehen auf dem nationalen Boden.

Abg. Schwartze (Sachsen): Will man die Einheit des Rechts, so muß man auch einen gemeinsamen obersten Gerichtshof wollen.

Abg. Meier (Bremen): Dem Gesetzentwurfe liegen politische Erwägungen zu Grunde, denn wenn der Antrag zuerst von den Hansestädten ausgegangen wäre, würde man den Ober-Appellations-Gerichtshof zu Lübeck nicht gewählt haben. Trotz der großen Opfer, welche der Entwurf uns auferlegt, werde ich doch nicht gegen, sondern für denselben stimmen. (Beifall.)

Abg. Miquel: Man kann auch ohne eine Prozeßordnung ein einheitliches Recht schaffen. Die Geschichte lehrt, daß aus der praktischen Handhabung des Rechts das gemeinsame Recht entspringt. Ich, als Jurist, will zwar überhaupt keine Separatgerichte für einzelne Sachen; ich halte eine solche Spaltung der Arbeitstheilung für unthunlich, weil dieselbe schließlich zu einer mechanischen Handhabung des Rechts führen muß. Ich stimme für den Gesetzentwurf nur in der Ueberzeugung, daß der Handelsgerichtshof ein Provisorium sein und daß recht bald ein einziger, gemeinsamer oberster Gerichtshof hergestellt werde.

Abg. Endemann konstatirt mit Freuden, daß von keiner Seite ein Widerspruch prinzipieller Natur gegen die Vorlage laut geworden. Die Entwickelung des einseitigen Rechts aus der gesunden Praxis ist mir lieber, als die Herstellung durch Formen.

Abg. v. Seydewitz (Bitterfeld) empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Abg. Graf Bassewitz: Durch die Andeutungen, daß Alles, was hier beschlossen wird, nur eine Abschlagszahlung auf den zu errichtenden Einheitsstaat sein soll, benimmt man uns die Freudigkeit, für Einrichtungen zu stimmen, die wir sonst für nützlich und nothwendig halten. Ich stimme für die Kommission.

Abg. Frhr. v. Rabenau begrüßt die Vorlage vom nationalen Standpunkte mit großer Freude, trotz aller Bedenken.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

□ **Berlin,** 11. April. Bei Besprechung der in Aussicht genommenen Steuervorlagen wird von liberaler Seite auch die Behauptung aufgestellt, daß die Vorlage wegen der Branntweinsteuer selbst in Regierungskreisen ernsten Bedenken begegne und deshalb an die Zurücknahme derselben gedacht werde. Es wird dabei darauf hingedeutet, daß sich diese Bedenken namentlich in Folge der von konservativer Seite im Interesse der Landwirthschaft gemachten Vorstellungen gegen diese Steuer erhoben hätten. Diese Behauptung ist falsch. Die Verzögerung in dieser Angelegenheit ist nur dadurch entstanden, daß eine Abänderung der Vorlage in Aussicht genommen und die abgeänderte Vorlage erst der Berathung im preußischen Staatsministerium unterzogen worden ist, um hierauf dieselbe dem Bundesrath resp. dem betreffenden Ausschusse zur Beschlußnahme vorzulegen. Die Beschlußnahme des Plenums des Bundesraths wird in nächster Zeit erfolgen und dann die Vorlage sofort an den Reichstag gehen. Die wesentlichen Punkte, die zu einer neuen Erörterung Veranlassung gegeben, haben die Erhöhung der Export-Bonifikation betroffen, durch die bei der Erhöhung der Steuer den Produzenten die Ausfuhr ins Ausland möglich gemacht werden soll. Was die Gerüchte über die andern Steuervorlagen betrifft, die in den Blättern in den verschiedensten Gestalten auftreten, so sind dieselben nichts als Vermuthungen, die mit der größten Vorsicht aufgenommen werden müssen, jedenfalls liegt eine Beschlußnahme über alle diese Projekte, mögen sie sich auf den Reichstag oder das Zollparlament beziehen, noch im weiten Felde. Was übrigens das Zollparlament betrifft, so ist dessen Einberufung keinen Augenblick zweifelhaft gewesen. Der Termin der Einberufung ist indessen noch nicht festgestellt und wird von dem Tempo und den Ergebnissen der Berathungen im Reichstag abhängen. — Aus der neuesten Polemik der liberalen Organe gegen die Steuervorlagen wollen wir wenigens insofern von einem Artikel der „National-Ztg." Notiz nehmen, als derselbe die preußischen Zustände im rosigsten Lichte sieht, das Defizit im preußischen Staate für vorübergehend hält und daher auch keinen Grund zu neuen dauernden Steuern erkennt. Dergleichen günstige Schilderungen der preußischen Zustände von Seiten der National-Liberalen sind bisher selten gewesen, vielmehr haben diese die preußischen Zustände immer mit sehr schwarzen Farben gezeichnet. Auch die Erklärung der „National-Ztg." in demselben Artikel ist interessant, daß der Nothstand in der Provinz Preußen vollständig gehoben sei. Bekanntlich pflegen die liberalen Blätter gern zu sagen, daß alle günstigen Nachrichten aus Ostpreußen in der Regel nur von der Regierungsseite ausgingen. — Einige hannoversche Blätter haben von ihrem partikularistischen Parteistandpunkte aus die Behauptung aufgestellt, daß die sich in Hannover aufhaltenden Altpreußen, namentlich die Beamten und Militärpersonen, der Stimmung der dortigen Bevölkerung gegenüber eine sehr schwierige und unangenehme Stellung hätten und daß sie ziemlich vereinsamt daständen. Diese Angaben sind übertrieben. Zwar giebt es dort noch gewisse Kreise, die sich mannigfachen Täuschungen und Reminiszenzen hingebend der neuen Ordnung der Dinge nicht zugethan sind, diese Kreise verringern sich aber immer mehr, so daß der Aufenthalt der Altpreußen in Hannover nicht so unangenehm ist, wie er von diesen hannoverschen Blättern dargestellt wird. Nach anderweitigen zuverlässigen Berichten finden vielmehr die preußischen Beamten in Hannover im Ganzen eine freundliche Aufnahme und haben auch dort vielfache Verbindungen der erfreulichsten Art angeknüpft. Es zeigt sich sogar, daß die Beamten sich gern nach Hannover gehen und häufig ihre Versetzung dahin beantragen.

Berlin, 11. April. Die Königin ist gestern Abends im besten Wohlsein mit dem Gefolge von Dresden nach Berlin zurückgekehrt. Anfangs Mai gedenkt die hohe Frau nach Koblenz zu gehen und dann einen längeren Aufenthalt in Baden-Baden zu nehmen.

— (Publ.) Der König Georg hat neuerdings den Versuch gemacht, mit Preußen in Verhandlungen über die Regulirung seiner Angelegenheiten zu treten und durch vertraute Mittelspersonen andeuten lassen, daß er in der Lage wäre, im Namen Oesterreichs für einen möglichen Kriegsfall zwischen Preußen und Frankreich Anerbietungen machen zu können. Wie weit diese letztere Andeutungsweise sich erstreckt haben möge, ist nicht bekannt geworden. Bei der feindlichen Haltung indessen, welche König Georg bisher gegen Preußen beobachtet hatte, mußte dieser Schritt wohl überraschen, wenn nicht Argwohn einflößen. Der Vorschlag ist daher auch, wie wir hören, mit derjenigen Vorsicht und Zurückhaltung aufgenommen worden, welche eine so unerwartete Wendung erforderte, so daß es zu einer Einleitung der beabsichtigten Verhandlungen nicht gekommen ist. Ueberhaupt ist bei der Beurtheilung dieses Antrages des Königs Georg wohl zu erwägen, daß das Wiener Kabinet, wenn es die Absicht gehabt hätte, sich Preußen zu nähern, sich schwerlich dazu der Vermittlung des Hietzinger Hofes bedient haben würde. Der österreichische Reichskanzler hätte das einfacher und in weniger auffälliger Weise durch den direkten diplomatischen Verkehr ins Werk setzen können. Aufsehn erregend bleibt dieser Versuch nichtsdestoweniger. Er war entweder darauf berechnet, eine Fühlung über die Beziehungen Preußens zu Frankreich zu gewinnen, oder er war das Ergebniß der Ueberzeugung in Hietzing, daß mit der bisherigen antinationalen Agitation doch nichts anderes als die Mißachtung des deutschen Volkes zu erreichen sei. Sollte aber durch diesen Schritt in der öffentlichen Meinung die Vorstellung erweckt werden, daß Preußen Oesterreichs Beistand um den Preis einer Rehabilitation des Weifenhauses suche, so dürfte der Versuch von sehr geringem Erfolge begleitet sein. Der norddeutsche Bund ist militärisch kräftig genug, um seine Existenz wahren und den Vorschlag einer Verzichtleistung auf die Errungenschaften des Jahres 1866 energisch zurückweisen zu können.

Kiel, 10. April. Die „Kieler Zeitung" theilt mit, das Ministerium habe den Antrag auf Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Kieler Kreistages nicht genehmigt.

Breslau, 10. April. Soeben hat zur Sekundizfeier ein großartiger Fackelzug durch die Stadt nach der fürstbischöflichen Residenz stattgefunden. Auf den Straßen wogte eine große Menschenmenge. Die katholische Kirche und viele Häuser sind illuminirt.

Dresden, 10. April. J. Maj. die Königin Augusta von Preußen ist gestern Mittag in Begleitung unseres Königs hier eingetroffen und im Königlichen Schlosse abgestiegen. Se. Maj. der König war der Königin bis Priestewitz entgegen gefahren. Bei ihrer Ankunft in Dresden wurde die Königin im Bahnhofe von sämmtlichen Mitgliedern des Königlichen Hauses empfangen und von der Generalität und den Spitzen der Behörden ehrerbietigst begrüßt. — Nachmittags 4 Uhr fand bei JJ. KK. MM. Familientafel statt, zu welcher auch Se. K. H. der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin und der Königlich preußische Gesandte nebst Gemahlin geladen waren. Im Gefolge J. M. befinden sich die Oberhofmeisterin Gräfin v. d. Schulenburg-Burg-Scheidungen, die Palastdame Gräfin von Oriola und der Oberhofmeister Graf v. Nesselrode.

— Se. H. der Prinz Hermann von Sachsen-Weimar ist vorgestern nach Weimar abgereist.

— Auch Dresdens katholische Bewohner werden den morgenden Tag, den 11. April, nicht ohne eine besondere Feier vorübergehen lassen. Die hiesigen katholischen Vereine werden die Sekundizfeier des heiligen Vaters, die in der ganzen Welt, selbst auf den fernsten Inseln in den Missionen, ein Festtag ist, ebenfalls begehen; so unter Anderen der katholische Gesellenverein Sonntag Abends 8 Uhr im Vereinslokale auf der Reinhardtstraße.

Dresden, 10. April. Die Königin von Preußen besichtigte Vormittags in Begleitung des Königs und des Kronprinzlichen Paares die Sehenswürdigkeiten der Stadt und das Museum. Um 3 Uhr Nachmittags erfolgte die Rückreise nach Berlin.

Ausland.

Brüssel, 10. April. Wie die „Indépendance" meldet, sind die belgisch-französischen Verhandlungen einstweilen unterbrochen worden, da der Minister Frère eine neue Proposition vorbereitet, welche er spätestens heute vorlegen wollte. Man zweifelt, daß Frère am Dienstag hier eintreffen wird.

— Im Flecken Seraing sind unter den Arbeitern der Eisenhütten und Steinkohlengruben Unruhen ausgebrochen, zu deren Stillung Gensd'armerie und Infanterie requirirt werden mußte. Der Ortsvorstand, sowie mehrere Offiziere und Soldaten sind von den Ruhestörern verwundet worden.

Paris, 10. April. Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers erklärte Jules Favre, er nehme Akt von den Versprechungen des Ministers zu Gunsten der Christen im Orient. Moxin wies darauf hin, daß die im Prager Friedensvertrage zu Gunsten Schleswig-Holsteins getroffenen Bestimmungen noch immer nicht ausgeführt seien. — Der Schluß der Rede Lavalette's über die Beziehungen zu Deutschland lauten ausführlicher: Nur berechtigte Motive könnten uns veranlassen, unsere Zurückhaltung gegenüber Deutschland aufzugeben. Solche sind nicht vorauszusehen. Der norddeutsche Bund ist damit beschäftigt, seine Organisation zu vollenden. Die Staaten des Südens schließen sich der Bewegung in denjenigen Grenzen an, welche das Gefühl ihrer Autonomie ihnen vorzeichnet. Wir haben nicht in eine Bewegung einzugreifen, welche wir nicht geschaffen haben, und werden es nicht thun, so lange man nicht die Grenzen überschreitet, jenseits deren ein Angriff auf unsere Ehre und unser Recht läge. Voll Achtung für das Recht Anderer, haben wir keinen Grund zu fürchten, daß die unsrigen nicht in gleicher Weise geachtet bleiben werden. — Thiers stellte in seinen Bemerkungen den Gedanken eines Staatenbundes wieder in den Vordergrund. Wir haben, sagte er, mit vollkommener Leidenschaftslosigkeit den Ereignissen in Deutschland zuzuschauen. Der Trieb des Föderalismus macht sich in Deutschland mit erneuter Kraft geltend, seit man daselbst die Ueberzeugung gewonnen hat, daß Frankreich keinen Gedanken der Einmischung hegt. Man muß diesem Triebe volle freie Bewegung lassen. Das geringste Zeichen von Seiten Frankreichs würde genügen, ihn zu hemmen; er allein kann das Unheil wieder gut machen, welches die letzten drei Jahre über Europa gebracht haben.

— „France" berichtigt heute die Mittheilungen der belgischen Zeitungen und erklärt, an ihren Aeußerungen sei nur das zutreffend, daß die Vorbereitungen eine befriedigende Regelung der verhandelten Angelegenheit erwarten lassen. Der belgische Staatsminister Frère-Orban habe sich erboten, einen Entwurf aufzustellen, der baldigst der französischen Regierung übermittelt werden solle.

— In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers erwiderte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Marquis de Lavalette, auf verschiedene Fragen des Abgeordneten Jules Favre folgendermaßen: Am gestrigen Tage sei eine internationale Kommission ernannt, um der Regierung des Bey von Tunis Hülfsquellen zu eröffnen. In Bezug auf Deutschland habe Frankreich sorgfältig jede Einmischung in dessen innere Angelegenheiten vermieden; nur berechtigte Beweggründe würden Frankreich veranlassen können, dieser Politik der Zurückhaltung zu entsagen. Indem es so die Rechte Anderer achte, habe es nicht zu fürchten, daß man seine eigenen nicht respektire. Der Augenblick sei noch nicht gekommen, um das römische Gebiet zu räumen. In Betreff Griechenlands sei Frankreichs Politik dahin gegangen, den Frieden aufrecht zu erhalten; es habe eine friedliche Beilegung des Streites ohne Demüthigung Griechenlands erreicht. Der Minister schloß mit folgenden Worten: Wir werden im Occident so verfahren, wie im Orient. Frankreich hat als Ziel seiner Politik die Aufrechterhaltung des Friedens; es wird ihn mit allen berechtigten Mitteln vertheidigen und nöthigenfalls gebieten.

Florenz, 11. April. Die aus Berliner Zeitungen hierher telegraphirte Meldung von der Ankunft des Prinzen Amadeus, Herzogs von Aosta, in Berlin ist irrthümlich. Der Herzog befindet sich in Genua, wo er seit dem 1. d. M. das Kommando des Evolutionsgeschwaders übernommen hat.

— Der Herzog von Aosta ist auf der Fregatte „Gaceta" von Genua nach Spezzia gegangen, wo das unter seinem Kommando stehende Uebungsgeschwader einen Monat verweilen wird. Das Geschwader wird alsdann die Haupthäfen des Mittelmeeres, späterhin vielleicht auch Lissabon besuchen.

— Die „Italie" meldet, daß das letzte Protokoll, betreffend die Operation mit den Kirchengütern, morgen unterzeichnet werden wird. Einer Mittheilung desselben Blattes zufolge wäre die italienische Tabaks-Aktiengesellschaft mit der päpstlichen Regierung wegen Uebernahme der Pacht des Tabakmonopols in Unterhandlung getreten.

London, 10. April. Die Rückkehr der Königlichen Familie nach Windsor ist verschoben, weil Prinz Leopold wieder erkrankt ist.

Madrid, 11. April. In der gestrigen Kortessitzung stellte Moyna (Mitglied der Majorität) den Antrag auf Todesstrafe. Unter Zustimmung des Justizministers wurde der Antrag mit 129 gegen 14 Stimmen dem Verfassungsausschusse überwiesen. Emil Castellar griff in heftiger Weise Sallustiano Olozaga an, dem er vorwarf, in der religiösen Frage einen unheilvollen Einfluß auf das Verfassungswerk ausgeübt zu haben. Olozaga legte dagegen Verwahrung ein und hielt aufrecht, daß der Entwurf auf kirchlichem Gebiet sich in voller Uebereinstimmung mit den Wünschen des Volks befinde. In gleichem Sinne sprachen Moret und Rios Rosas, während Castellar von Canovas unterstützt wurde.

— Wie unter den Deputirten verlautet, besteht die Absicht, die Wahl des Monarchen zu vertagen, und wesentlich nach dem Beispiele des belgischen National-

Kongresses von 1830 zu verfahren. — Wie die Zeitungen melden, hat die Regierung von König Ferdinand ein zweites, das erste näher ausführendes Telegramm erhalten, worin der Entschluß einer eventuellen Ablehnung als feststehend bezeichnet wird.

— Wie mehrere Zeitungen melden, hat die von dem portugiesischen Gesandten der Regierung mitgetheilte Depesche dahin gelautet, daß die portugiesische Regierung erklärte, König Ferdinand wolle die spanische Krone nicht annehmen, und auch nicht die nach Lissabon zu entsendende Kommission empfangen. Serrano habe nach Kenntnißnahme der Depesche dem portugiesischen Gesandten bemerklich gemacht, daß die Krone dem König Ferdinand noch gar nicht habe angeboten werden können, da die Kortes über die künftige Regierungsform noch keinen Beschluß gefaßt haben.

Bukarest, 9. April. Die neue Kammer ist auf den 11. Mai neuen Styls zusammenberufen. — Fürst Karl geht am 17. April in Begleitung des Ministers des Innern Cogalniceanu auf einige Wochen nach Jassy.

— Nach Berichten aus Plojesti hat dort eine Emeute stattgefunden; die Nationalgarde wurde durch die Truppen entwaffnet und dadurch die Ruhe wieder hergestellt.

— Der frühere Ministerpräsident Jon Bratiano ist vom Bauernwahlkollegium zu Krajova gewählt worden. Rosetti, der Redakteur des „Romanul", ist gänzlich durchgefallen.

Washington, 9. April. Der Senat hat Butlers, vom Repräsentantenhause angenommene Bill genehmigt, jedoch mit dem Zusatze, daß Virginien, Mississippi und Texas das Amendement zur Konstitution, wonach jede Verweigerung oder Beschränkung des Wahlrechts verboten wird, ratifiziren müssen, bevor sie zum Kongreß zugelassen werden.

Pommern.

Stettin, 12. April. Ueber die vorgestrige Schwurgerichtssitzung berichten wir noch Folgendes: Am 23. Juni und 2. August v. J. fanden bekanntlich resp. vor dem Bahner und Stettiner Thore Greifenhagens je zwei Brände statt, welche zusammen 51 Scheunen in Asche legten. Der Umstand, daß die Landespolizei-Behörde eine Verordnung erlassen hatte, nach welcher alle Scheunen, deren Strohdach nicht bis 1. Juli durch ein Stein- oder Pappdach ersetzt worden, von der Versicherung durch die Landfeuer-Sozietät ausgeschlossen sein sollten, rief bald die allgemeine Meinung wach, daß diese Brände die Folge vorsätzlicher Brandstiftung seien. Der Bürgermeister Ludwig, dem zunächst die desfallsigen polizeilichen Ermittelungen obgelegen hatten, stand im Begriff, einen erhaltenen Urlaub zu einer Badereise zu benutzen, von der er, um dieser seiner Obliegenheit zu genügen, nicht abstehen wollte. Als daher die Bemühungen eines dorthin berufenen diesseitigen Kriminalbeamten einige Tage erfolglos blieben, veranlaßte der Herr Bürgermeister, daß dem bekannten Kriminal-Kommissarius Pieck zu Berlin das Kommissorium zu weiteren Nachforschungen bezüglich der Thäterschaft anvertraut wurde. Dieser nahm während 8 Wochen zahlreiche Verhaftungen und Verhöre vor, deren Resultat eine Ansammlung von Verdachtsmomenten wider den Feldwärter Julius Braatz zu Greifenhagen bezüglich des am Vormittage des 23. Juni stattgehabten Abbrennens von 6 Scheunen vor dem Bahner Thore war. Dieser stand denn auch heute unter der Anklage der vorsätzlichen Brandstiftung vor den Geschworenen. Braatz, der sich für nichtschuldig erklärte, legte mit großer Ruhe und Klarheit Rechenschaft darüber ab, was er von Morgens 2 Uhr bis Mittag am Tage des Brandes vorgenommen, wohin er überall gegangen und warum. Hieraus geht hervor, daß sich B. etwa 1/2 Stunde vor dem Feuer eine Meile in nächster Nähe der Horst'schen Scheune, in welcher wahrscheinlich das Feuer ausgebrochen, befunden. Als Ursache seines Aufenthalts daselbst gab B. an, daß er mehrere Knaben beobachten gewollt, welche, wie dies schon mehrfach vorgekommen, nach seiner Meinung in der Nähe befindliche Maulbeerbäume und Erbsenfelder zu plündern beabsichtigten; im Uebrigen widersprach er auf das Bestimmteste den Aussagen solcher Zeugen, welche ihn eigener gravirender Aeußerungen, resp. eines positiven Geständnisses gegen sie bezüchtigten. Der Zeugenverhör ergab im Wesentlichen Folgendes: Kriminalkommissarius Pieck sprach sich nur im Allgemeinen darüber aus, wie und mit welchen Resultaten er das ihm anvertraute Kommissorium ausgeführt und betonte dabei, daß er die Aussage des von ihm als Vigilanten benutzten, und zu B. deshalb in's Gefängniß gesperrten Möbelpolierer Zierath aus Berlin nicht als Beweis wider B. aufstellen wolle, sondern daß er durch Z.'s Ermittlungen nur einen Faden für weitere Forschungen habe finden wollen. Eine vorherige Instruktion habe Z. von ihm nicht erhalten, da Jener, um sein Geld zu verdienen (2 Thlr. pro Tag) und sich spätern ähnlichen Verdienst möglichst zu sichern, ihn sonst mit falschen Aussagen leicht habe hinters Licht führen können. — Hierauf wurden 2 Zeugen zur Feststellung der Zeit, in welcher B. vor dem Feuer in der Nähe der Scheunen gewesen und hinsichtlich einiger Aeußerungen des B. über das Feuer vernommen. Ferner wurden zur speziellen Bezüchtigung des B. folgende Zeugen gehört: Knabe Splinter (den B. wegen Felddiebstahls beobachtet haben will.) Er sei an dem betreffenden Morgen nicht in der Nähe der Scheunen gewesen. Zeuge Prütz soll nach der Anklage in der Voruntersuchung geäußert haben, B. habe zu ihm gesagt: Ob er nicht etwas dazu geben wolle, daß die Geschichte herunter brenne. Heute sagt er: B. habe gefragt: ob er nicht noch etwas (aus seiner brennenden Scheune) heraus zu holen habe. Frau Walter will, über Feld gehend Jemand, der in einem Graben saß, haben lamentiren hören, als sie zu ihm herangegangen, resp. bis auf 4 Schritt herangekrochen und einen Mann (B.) von hintenher gesehen, diesen Folgendes haben sagen hören: „Ach Gott was habe ich gethan! Hätte ich nur das Geld nicht genommen, die Horst hat mir den Dampf gethan! Das giebt mir den Tod, ich bedaure nur meine arme Familie. Euch werde ich nicht verrathen! Das Einzige was mir noch helfen kann, ist der Bart." Dann sei der Sitzende aufgesprungen und sie aus Furcht vor ihm ausgerissen. Was er damit habe sagen wollen, wisse sie nicht. So bekundete sie in der Voruntersuchung, so heute. — Zeuge Zierath, der inzwischen aufs Neue gestohlen und nicht im Besitz der Ehrenrechte ist, also nicht vereidigt werden kann, hat in der Voruntersuchung ein ihm angeblich von B. bezüglich des Brandes abgelegtes Geständniß, mit bestimmten wörtlichen Aeußerungen Aeußerungen des Angeklagten zu Protokoll gegeben, weiß aber heute keine einzige derartige Aeußerung wiederzugeben, sondern bejaht solche nur höchst befangen auf spezielles Vorhalten Seitens des Vorsitzenden. — (Den Bart soll sich B., wie mehrere Zeugen behaupten, nach dem Brande gestutzt haben.) Der Vertheidiger Rechtsanwalt Wendland führte, nachdem die Staatsanwaltschaft die Klage aufrecht erhalten, Folgendes aus: Daß nach den achtwöchentlichen Anstrengungen eines so gewiegten Kriminalbeamten, wie Hr. Pieck sei, nicht mehr übrig geblieben, als die Anklage enthalte, spreche schon für den Angeklagten. Die Belastungszeugen zerfielen in zwei Gruppen. Die erste Gruppe, die bezüglich der Zeitbestimmungen vernommen sei (so wies Redner nach), befinde sich in mancherlei Widersprüchen, die zweite spreche spezielle Bezüchtigungen aus. Es sei z. B. dem Angeklagten ein Vorwurf daraus gemacht, daß er sich nicht zum Feuer begeben, sondern sich davon eher abgewandt, damit habe er als Feldwärter korrekt gehandelt, der sich gesagt, beim Löschen kannst du nichts nützen, wohl aber mag der dort stattfindende Zusammenlauf von Menschen Manchen als eine günstige Gelegenheit zum Diebstahl auf dem vereinsamten Felde erscheinen, diesem kannst du entgegen wirken. — Redner macht sodann auf den Widerspruch in den Aussagen des Zeugen Prutz aufmerksam und bemängelt hierauf, daß von der Aussage des Zeugen Ehrhardt die erste Hälfte gegen B. geltend gemacht, die zweite fortgelassen. Ehrhardt habe nämlich B. vorgehalten, daß man ihn der Brandstiftung bezüchtige, und dieser darauf entgegnet: die Häuser und die Scheunen sind nichts Besseres werth, als Abbrennen, aber ich bin es nicht das erste und auch nicht das zweite Mal gewesen (der das Feuer angelegt), ich würde damit ja gegen meinen Brotherrn gehandelt haben. Hinsichtlich der Aussage des Zeugen Zierath wies der Vertheidiger darauf hin, daß manche unbeschworene Aussage mehr Glauben verdiene als eine beeidigte, ebenso verdiene Mancher, dem die Ehrenrechte aberkannt seien mehr Vertrauen als Andere, die sich in deren Besitz befänden; wer aber ein so nichtswürdiges Gewerbe betreibe, wie Z., dessen Auslassungen seien schon um dessen willen verdächtig. Wo man nichts heraus inquiriren könne, pflege man hinein zu inquiriren, und dazu seien, seit Tortur und spanische Stiefel obsolet geworden, nicht viele Mittel mehr vorhanden. So ein Vigilant schiebe seinem Opfer mit der Rechten Allerlei unter, während er mit der Linken seinen Sündenlohn einstreiche. Was endlich die schwerste Bezüchtigung des B., die Aussage der Walter in Betreff des angeblich gehaltenen Selbstgespräches des Angeklagten anbelange, so liege schon an und für sich darin eine psychologische Unwahrscheinlichkeit; dergleichen Gewohnheiten hätten nur Gelehrte, Schauspieler, Dichter u. s. w., aber keine Feldhüter, besonders auf offener Landstraße, um sich dadurch Belastungszeugen zu schaffen. Noch unglaublicher werde diese Aussage durch die Art und Weise, wie Zeugin dem Angeklagten, einem alten Waldmann (solche hätten in der Regel sehr scharfe Ohren) ungehört genaht und sich ungesehen wieder entfernt. Endlich sei die angebliche Aeußerung des B. „das Letzte thut mir den Dampf" ganz unverständlich, da er ja wegen des ersten Feuers allein angeklagt sei. Ebenso falle die Bartgeschichte in sich zusammen, da ein Stutzen des Bartes Niemanden unkenntlich mache, und selbst dies durch mehrere Zeugen widerlegt worden sei. Ferner fehle es an jeglichem Beweis des objektiven Thatbestandes, daß eine absichtliche Brandstiftung stattgefunden, und endlich fühle der intellektuelle Urheber, der Wittwe Horst, die allein dafür gelten könne, habe in dieser Richtung nicht allein nichts bewiesen werden können, sondern es stehe sogar fest (Redner führte den Nachweis mit Zahlen), daß dieselbe durch das Feuer sogar einen pekuniären Nachtheil gehabt. Wenn man nun außerdem noch erwäge, daß es zur Zeit des Brandes in Folge der herrschenden Dürre nur eines Funkens bedurfte, um ein Strohdach wie ein Pulverfaß zu entzünden, während B. doch erwiesenermaßen spätestens 1/2 Stunde vor Aufgehen des Feuers in der Nähe der Scheune gewesen, so dürfe er wohl annehmen, daß gar keine Belastungsmomente von irgend welcher Bedeutung gegen den Braatz vorlägen, und er beantrage deshalb aus vollster Ueberzeugung dessen Freisprechung. Dieselbe erfolgte denn auch, wie bereits gemeldet, Seitens der Geschwornen nach ganz kurzer Berathung.

— In der heutigen Schwurgerichts-Sitzung wurden drei Diebstahls-Anklagen verhandelt und zwar waren: 1) beschuldigt und geständig der Arbeiter Christian Haase aus Wildenbruch und der Knecht Gottfried Hintze aus Landshof bei Bahn, am Abend des 9. November v. Js. dem Mühlenbesitzer Uecker zu Wildenbruch gemeinschaftlich mittelst Einsteigens circa 1 1/2 Scheffel Erbsen gestohlen zu haben. Es wurde wider beide auf je 7 Monat Gefängniß, 1 Jahr Polizeiaufsicht und Ehrverlust erkannt.

2) Waren angeklagt und geständig: die Arbeiter Friedrich Buchholz und Johann Michaelis, beide aus Bredow und bereits vielfach bestraft, in der Nacht zum 23. Dezember v. Js. der Wittwe Krüger zu Carlshof mittelst Einsteigens diverse Betten und Kleidungsstücke gestohlen zu haben. Es traf jeden der Angeklagten 5jährige Zuchthausstrafe und Polizeiaufsicht. Endlich waren noch:

3) angeklagt und geständig der vorgenannte Joh. Michaelis und der Arbeiter Karl Otto aus Pommerensdorfer Anlagen, in der Nacht zum 21. Januar cr. dem Bauerhofsbesitzer Puckelwaldt zu Hohen-Reinekendorf mittelst Einbruchs acht Hammel gestohlen zu haben. Es wurde erkannt wider Michaelis zusätzlich auf 2 Jahre Zuchthaus und Polizeiaufsicht, wider Otto auf 5 Jahre Zuchthaus und Polizeiaufsicht. — In allen drei Fällen bedurfte es der Zuziehung der Geschworenen nicht.

— In der Sitzung der Abtheilung für Strafsachen am 9. April wurden die Arbeiter Kayser und Schmidt von hier, beide bereits mehrfach bestraft, wegen eines auf dem englischen Dampfer „Verona" im vorigen Monat verübten Zinkdiebstahls zu je 2 Jahren Zuchthaus und Polizeiaufsicht verurtheilt. — Wider den Handelsmann Gumpel, der das gestohlene Gut käuflich an sich gebracht, wurde wegen wiederholter Hehlerei auf 6 Wochen Gefängniß erkannt.

— Betriebseinnahmen: I. der Stammbahn Berlin-Stettin-Stargard: Im Monat März 1869 152,697 Thlr., im Monat März 1868 141,539 Thlr., mithin im Monat März 1869 mehr 11,158 Thlr., überhaupt im Jahre 1869 gegen 1868 mehr 48,501 Thlr.; II. der Zweigbahn Stargard-Cöslin-Colberg: Im Monat März 1869 37,696 Thlr., im Monat März 1868 36,486 Thlr., mithin im Monat März 1869 mehr 1210 Thlr., überhaupt im Jahre 1869 gegen 1868 mehr 5639 Thlr.; III. der Vorpommerschen Zweigbahnen: Im Monat März 1869 47,194 Thlr., im Monat März 1868 45,861 Thlr., mithin im Monat März 1869 mehr 1333 Thlr., überhaupt im Jahre 1869 gegen 1868 mehr 3927 Thaler.

— Nach einer kriegsministeriellen Bestimmung sind die Kavallerie-Regimenter angewiesen, dahin zu wirken, daß bei der Waffe Freiwillige sich möglichst zahlreich zu einer vierjährigen aktiven Dienstzeit verpflichten. Die Truppentheile haben bei der Annahme auf die Vortheile aufmerksam zu machen, welche aus der Uebernahme obiger Verpflichtung durch Entbindung von allen Uebungen in ihrem späteren Beurlaubtenverhältniß für die Betreffenden erwachsen.

* **Greifswald,** 10. April. Nachdem die Stadt Greiswald der hiesigen katholischen Gemeinde zum Baue einer Kirche einen Platz unentgeltlich überwiesen, fand heute in feierlichster Weise die Weihe des ganzen Platzes und die Grundsteinlegung zum Baue der Kirche statt.

Stralsund, 10. April. Heute Vormittag wurde der neue Präsident der Königlichen Regierung hierselbst, Herr Kammerherr Graf von Behr-Negendank, durch den Ober-Präsidenten unserer Provinz, Herrn Freiherrn von Münchhausen in sein neues Amt eingeführt.

Theater-Nachrichten.

Stettin. (Stadttheater.) Freitag, den 9. April, zum Benefiz für die Vaudeville- und Possensoubrette Fräulein Bertina: „Das Glas Wasser", Lustspiel in 5 Akten von Skribe. — Wenn je ein Bühnenmitglied sich große Verdienste um unser Theater erworben hat, so ist es unbedingt Fräulein Agnes Bertina; ihr allein haben wir es zu danken, daß die Posse — wenigstens in dieser Saison — zur Unmöglichkeit geworden ist und die alten Klassiker das Repertoir beherrschen konnten. Wie einst die Karoline Neuberin in Leipzig durch einen feierlichen Aktus den Hanswurst von der Bühne verbannte, so hat Fräulein Bertina jetzt das nicht minder große Verdienst, hier die Posse begraben zu haben, und wenn das Benefiz dieser Reformatorin dennoch kein ausverkauftes Haus brachte, so mag sie sich mit dem alten Worte: „Die Mitwelt ist stets undankbar", und mit der Thatsache trösten, daß der großen Neuberin auch erst viele Jahre nach ihrem Tode ein Denkmal gesetzt wurde. — Die Wahl des Benefizstückes war vortrefflich. „Das Glas Wasser" ist das beste Lustspiel Scribe's und würde auch hier wieder Sensation gemacht haben, wenn Fräulein Bertina die liebliche Rolle der Abigail nicht gespielt hätte. Die bekannte Friedenstaube mit dem Oelzweig in der Prosceniumsloge des zweiten Ranges spendete zwar auch heute wieder mit gewohnter Routine und Armschwenkung das unvermeidliche Benefiz-Bouquet, allein das Publikum nahm keinen Antheil an dieser Ovation und schüttelte bedenklich die Köpfe. Wenn wir der Benefiziantin auch ihr reformatorisches Genie in Bezug auf die Beseitigung der Posse stehen lassen müssen, so kann uns das nicht abhalten zu konstatiren, daß dem Fräulein für das Pariser Kind alle nöthige Leichtigkeit und Tournure abgeht und ihre Abigail das Schlechteste von Darstellung war, was wir je gesehen. Nicht einmal von dem Kostüm der damaligen Zeit schien Frl. Bertina eine Ahnung zu haben, sie würde im andern Falle statt der modernen hohen gelben Stiefel des Jahres 1869 die Stöckelschuhe angelegt haben, die zu dem Rococo-Anzug unumgänglich nöthig waren. — Glücklicherweise schien sich Fräul. Lindner als Herzogin von Marlborough vorgenommen zu haben, das Publikum für das widerwärtige Spiel dieser Abigail zu entschädigen. Die begabte Künstlerin spielte ihre Rolle mit der nöthigen Feinheit und Eleganz und erwarb sich stürmischen Beifall. Man merkte es der talentirten Dame an, daß sie ihrer Aufgabe den regsten Fleiß und das gewissenhafteste Studium gewidmet hatte. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß Frl. Lindner in Bezug auf die Kostüme wieder ihren guten Geschmack vorwalten ließ. Nächst ihr verdient unser stets fleißiger erster Liebhaber Herr Baatz als Masham unbedingtes Lob. Auch Fräulein Steinburg (Anna) gab sich ersichtliche Mühe und ließ nichts zu wünschen übrig. Die brillante und höchst dankbare Rolle des Bolingbroke gab Herr Weber, einige stark störende Gedächtnißfehler abgerechnet, ziemlich befriedigend. Wer je die Freude hatte, den berühmten und unvergeßlichen Emil Devrient gerade in dieser Rolle gesehen zu haben, wird sich allerdings an dem Bolingbroke des Herrn Weber nicht sehr erbaut haben. Die Kritik soll jedoch keine Parallelen ziehen und so wollen wir den hiesigen Darsteller, als den Verhältnissen angemessen, gelten lassen. Lobende Erwähnung verdienen noch zwei fleißige Mitglieder unserer Bühne, Herr Fellenberg (Marquis von Torcy) und Herr Jackson (Sir Harley).

— Morgen, Dienstag, findet das Benefiz unseres allbeliebten Sängers Herrn Bagg statt. Zur Aufführung gelangt bei dieser Gelegenheit die hier lange nicht gegebene Oper: „Die weiße Dame." Wir machen unsere Leser auf dieses Benefiz eines so verdienstvollen Mitgliedes ganz besonders aufmerksam.

Briefkasten. Herrn S. in M. Zur öffentlichen Besprechung nicht geeignet.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. April. Witterung: bewölkt. Wind NO. Temperatur + 10° R.

An der Börse.

Weizen loco wenig verändert, Termine fester, pr. 2125 Pfd loco gelber inländ. 64—66 1/2 Rt., bunter 64—65 Rt., weißer 65—67 Rt., ungar. 55—61 Rt., 83—85pfd. gelber Frühjahr 66 1/2, 67, 66 3/4 Rt. bez., Mai-Juni 67, 67 1/4 Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 67 1/2, 3/4 Rt. bez. u. Br., Juli-August 68 Rt. bez.

Roggen matter, per 2000 Pfd. loco 51—53 Rt., 85pfd. 53 1/2 Rt. bez., ungar. 50 1/2 Rt. bez., Frühjahr 52, 51 1/2, 3/4 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 51 1/4, 1/2 Rt. bez., Juni-Juli 51, 51 1/4 Rt. bez., Juli-August 50 Rt. Br., 49 1/2 Gd.

Gerste wenig verändert, pr. 1750 Pfd. loco ungar. u. schlesische 39—43 Rt., feine 45—46 Rt.

Hafer matter, pr. 1300 Pfd. loco 32 1/2—34 1/2 Rt., 47—50pfd. Frühj. 33 3/4 Rt. bez., 33 1/2 Gd., Mai-Juni 33 1/2 Rt. Gd., Juni-Juli 34 Rt. bez.

Erbsen pr. 2250 Pfd. loco unverändert Frühjahr Futter- 54 1/4, 1/2 Rt. bez.

Mais 2 Rt. 1 1/2 Sgr. ab Bahn.

Rüböl still, loco 10 1/4 Rt. Br., April-Mai 9 11/12 Rt. bez. u. Gd., 10 Br., Mai-Juni 9 7/8, 19/24 Rt. bez. u. Gd., Sept.-Oktbr. 10 1/24 Rt. bez. u. Gd., 10 1/12 Br.

Spiritus etwas matter, loco ohne Faß 15 1/2, 11/24 Rt. bez., per Frühjahr 15 11/24, 7/12 Rt. bez. und Gd., Mai-Juni 15 5/8 Rt. bez., Juni-Juli 15 7/8 Rt. bez. u. Gd., Juli-August 16 1/8 Rt. bez. u. Gd.

Angemeldet: 200 Wspl. Weizen, 250 Wspl. Hafer 50 Wspl. Erbsen, 400 Ctr. Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen 66 3/4, Roggen 52 3/4, Hafer 33 3/4, Erbsen 54 1/4, Rüböl 10, Spiritus 15 1/2.

Stettin, den 12 April

Hamburg	6 Tag.	151 1/4 B
"	2 Mt.	150 1/2 B
Amsterdam	8 Tag.	141 1/8 G
"	2 Mt.	—
London	10 Tag.	6 25 1/2 B
"	3 Mt.	6 23 1/2 B
Paris	10 Tg.	—
"	2 Mt.	81 1/6 B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	88 5/8 G
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 5 %
Sts.-Anl. 5457	4 1/2	93 1/2 G
" "	5	—
St.-Schldsch.	3 1/2	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—
Pomm. Pfdbr.	3 1/2	83 5/8 G
" "	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt. P. P. B. A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
" Prior.	4	—
" "	4 1/2	—
Starg.-P. E. A.	4 1/2	—
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4 1/2	92 B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	—
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	116 B
Pr. See-Assecuranz	4	—
Pomerania	4	—
Union	4	111 G
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	—
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	—
Germania		102 1/2 B
Vulkan		160 bz
St. Dampfmühle	4	105 B
Pommerensd. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	—
Grabow Stadt-Obl.	5	—